

Kraukauer Zeitung.

Nr. 92.

Montag den 22. April

1861.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Verlegung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer vierzeiligen Zeile für 14 Tage 1 fl. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Das Finanzministerium hat die Wiederwahl des Mayer Kallir zum Präsidenten und des Heinrich Plager zum Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Brody bekräftigt.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 22. April.

Das gegenseitige Mißtrauen zwischen England und Frankreich nimmt, schreibt der Correspondent der „N. V. Ztg.“, täglich zu, und selbst die Broschüre des Herzogs von Amale hat dazu beigetragen, die Stimmung in den Tuilerieen zu verbittern. Man will hier erfahren haben, daß gewisse hochstehende Personen in London, unter denen auch der Lord Palmerston, in das Geheimniß der Schrift eingeweiht gewesen wären, und daß es einen Zusammenhang gäbe zwischen der Veröffentlichung derselben und der Gegenwart der Prinzen des Hauses Orleans bei dem Leidenbegangnisse der Herzogin von Kent. Ein anderer Grund des Bornes gegen England ist der Verdacht, daß dasselbe die Hand in den polnischen Vorgängen habe; wir können nicht wissen, ob dieser Verdacht ein gegründeter, aber wir wissen, daß man in den Tuilerieen nicht daran zweifelt. Nichts desto weniger ist die officielle Sprache eine sehr friedliche, und auf der ganzen Linie der officiellen Presse im Inlande und im Auslande ist die Parole gegeben, daß der Kaiser Napoleon nach allen Seiten hin beschwichtigend und versöhnend wirke. Hoffentlich wird man sich irgendwo einschläfern lassen. Die Nachricht von den militärischen Erfolgen der Franzosen in Cochinchina (Hinterindien) hat in London einen schlechten Eindruck hervorgebracht — es ist dies ein anderer Anlaß des Mißtrauens. Das Englische Cabinet fürchtet definitive Besitzergreifungen durch Frankreich in jenem Lande. Gerücht wird übrigens in England, als ob ein Weltkrieg vor der Thür stände.

Man schreibt der „Independance Belge“ aus Paris vom 17. d. M.: „Es wird versichert, daß die definitive Errichtung eines französischen Establishments in Saigon zu sehr heftigen Einwürfen seitens der Nachbarn jenseits des Kanals Anlaß gibt; die Sache ist um so wahrscheinlicher, als dieselben internationalen Empfindlichkeiten sich der Begründung einer französischen Niederlassung an der Küste Abyssiniens entgegenstellen. Man wird sich bei diesem Anlasse des noch immer andauernden Widerstandes der Engländer gegen die Durchbohrung der Landenge von Suez erinnern.“

Aus Paris meldet man: Prinz Napoleon habe einen Adjutanten nach London geschickt, um den Herzog von Amale wegen seiner Broschüre fordern zu lassen. Sogar das Ministerconseil habe sich dahin ausgesprochen, daß der Prinz etwas thun müsse.

Ein Artikel der „Opinion nationale“, (Organ des Prinzen Napoleon) betreffend die römische Frage mit der Ueberschrift: „Il faut choisir“, tadelt die unentschiedene Haltung der französischen Regierung in der römischen Angelegenheit und spricht sich dahin aus, daß dieser Zustand nicht länger anhalten dürfe; man müsse sich jetzt für das Eine oder das Andere entscheiden.

Nach Pariser Berichten ist die Nachricht, Graf Cavour habe dem Kaiser Napoleon die Nothwendigkeit der Räumung Roms vorgeschlagen, eben so unwahr als das Gerücht von officiellen Vorschlägen, welche von Seiten Frankreichs in Betreff der Abtretung Venetiens gegen eine Entschädigung in den Donauländern gemacht worden seien.

Die „Köln. Ztg.“ veröffentlicht eine Note des Grafen Cavour an den Marquis d'Alegio vom 16. März. Graf Cavour schildert darin mit poetischer Wärme das Glück und die Seeligkeit der Länder Italiens, von denen Piemont Besitz ergriffen hat, ferner die „feste Begründung der Regierung Piemonts“ mit Ausnahme einiger „sehr bedenklichen Schwierigkeiten der Verwaltung in Südtalien.“ Bei diesem Punkte ist Graf Cavour wieder so leichtfertig, „die Principien der Sittlichkeit, Ehrlichkeit und des Patriotismus“ in den Mund zu nehmen. Mit Bezug auf Venetien heißt es in der Note: Im gegenwärtigen Zustande von Europa ist die venetianische Frage keiner vereinzelten Lösung fähig; man könnte nicht versuchen, sie mit Gewalt zu lösen, ohne einen Brand zu entzünden, dessen Verheerungen sich weit hin erstrecken würden und dessen Verantwortlichkeit Europa der Regierung zuzuwenden würde, welche ohne Herausforderung ihren Soldaten erlaubte, die Grenze zu überschreiten. Die Regierung des Königs ist, von dieser Wahrheit überzeugt, entschlossen, alle ihre Anstrengungen dahin zu richten, um jeder Handlung vorzubeugen, welche direct oder indirect

einen europäischen Krieg herbeiführen könnte. Sie wird warten, bis die Ereignisse, indem sie sich entwickeln, allen europäischen Staatsmännern, diese mögen Gegner oder Anhänger Oesterreichs sein, die von allen, welche die venetianische Frage näher studirt haben, bereits die beste Ueberzeugung aufbringen, daß der Besitz dieser Provinz eine Ursache der Schwächung für Oesterreich ist und zugleich ein Anlaß zu Unruhen für Italien und Europa.

Die „Indep.“ meldet, daß Graf Cavour bei Thouvenel einen neuen Schritt um Wiederanknüpfung des vollen diplomatischen Verkehrs gethan, damit aber noch nicht durchgedrungen sei: eine einfache Ablehnung ohne Angabe von Gründen.

„Morning Herald“ empfiehlt den englischen Staatsmännern die Nothwendigkeit eines innigeren Anschlusses an Oesterreich, wenn England nicht aus dem Mittelmeer verdrängt werden wolle. Italien, Frankreich und Spanien vermehren ihre Flotten. Wenn sich diese drei Mächte vereinigen sollten, so würde es schlecht mit England's Uebergewicht zur See stehen. England müsse daher nicht nur seine Flotte ebenfalls vermehren, sondern sich mit Seemächten verbinden, die gleiche Interessen mit England haben. Eine solche Macht sei vorzugsweise Oesterreich, denn in den Gewässern des Mittelmeeres werde früher oder später Europa's Schicksal entschieden werden. Es sei daher wichtig, daß Oesterreich seinen legitimen Einfluß im adriatischen Meere behalte.

Garibaldi hat, einer Mittheilung der „Morning Post“ zufolge, die Absicht, einen kurzen Abstecher nach England (?) zu machen.

Fürst Gortschakoff hat in einer an die russische Diplomatie im Auslande gerichteten Circularbepfechtung, unter welchen Gesichtspuncten der Kaiser die Bewegung in Polen betrachte. Der Kaiser erkenne die Nothwendigkeit von Verbesserungen an, durch deren Verödgerung zum Theil verschuldet worden sei. Ohne unterzügen zu wollen, wem diese Verschuldung zur Last falle, komme es jetzt darauf an, mit Ernst die Befriedigung der vom Kaiser selbst und seinen Räten niemals verkannten Bedürfnisse herbeizuführen. Es werde aber jedem Versuche mit derselben Festigkeit entgegenzutreten werden, der darauf abziele, das staatsrechtliche Verhältniß des Königreichs zum Kaiserstaate und zu der kais. Familie zu alteriren, wo woher auch ein solcher Versuch unternommen oder gefördert werden möchte.

Das Petersburger Cabinet, schreibt die „N. V. Ztg.“ ist fest entschlossen, in Polen durchzugreifen, und wir können versichern, daß eine Annäherung zwischen Rußland und Oesterreich stattgefunden hat. In Warschau sollen Briefe weggenommen worden sein, welche in Petersburg stübig gemacht haben, da deren Verfasser zu den Befreunden des Palais Royal in Paris (bewohnt vom Prinzen Napoleon) gehören.

Der Palmerton'sche „Globe“ sagt: „Nach einem Telegramm aus Petersburg fand dort eine Conferenz der europäischen Vertreter statt, worin Fürst Gortschakoff eine permanente Commission in Constantinopel zum Schutz der türkischen Christen und zur Beaufsichtigung der türkischen Landesverwaltung verlangte. Der englische Gesandte bekämpfte die Forderung. Wir wissen nicht, ob die Nachricht wahr ist, aber wir halten sie für sehr wahrscheinlich. Gewiß ist, daß England, einem solchen Begehren so entschieden, als es die diplomatische Schicklichkeit erlaubt, entgegenzutreten würde.“ Den Vorschlag, eine europäische Commission nach der Herzegowina und Bosnien zu schicken zur Beruhigung der auffrischenden Christen, hat die Pforte entschieden abgelehnt. Nach einem Telegramm aus Constantinopel vom 19. d. hat die Pforte die Vereinigung der Donaufürstenthümer unter einem lebenslanglich erwählten Fürsten bewilligt und die Conferenz in Paris aufgefordert, hiervon Act zu nehmen.

Die Nachricht von der Ernennung Dmer Pascha's zum Oberbefehlshaber der Armee in Rumelien wird nun aus Constantinopel mit dem Beisage bestätigt, daß Dmer Pascha unter Einem persönlich das Commando der Operationstruppen in Bosnien und der Herzegowina übernimmt.

Dem „Semaphore“ von Marseille wird aus Constantinopel geschrieben, man könne sich keinen Begriff machen von der großen Menge Ungarn und Polen, welche jede Woche durch Constantinopel kommen, um sich nach Italien zu begeben. Es heißt sogar, die Compagnie des Messageries Impariales habe sich verpflichtet, 8000 dieser Individuen in Abtheilungen von 100 bis 200, durch ihre Schiffe, welche den Dienst zwischen Constantinopel und Marseille besorgen, in Co-

lacz abzuholen und nach Messina, dem Versammlungs-orte der revolutionären Truppen, zu bringen.

Einem Schreiben der „Gazette de France“ aus Neapel vom 7. April entnehmen wir Folgendes: Die zahllosen Vorbereitungen Englands auf Malta, das Zusammenziehen von Streitkräften auf Corfu und den jonischen Inseln haben eine Vorbereitung auf die Eventualitäten der syrischen Occupation nicht zum alleinigen Zweck. Die Ueberzeugung macht sich immer mehr geltend, daß alles dies in Voraussicht einer sicilischen Intervention geschieht; wobei die Bewerung des Grafen Aquila und des Prinzen von Capua nicht aus dem Auge zu verlieren ist. England sucht einen Wächter für diese furchtbare Station im mitteländischen Meer. Diese Lehnspflicht wäre ein großer Schritt und zugleich eine große Compensation für die Freiheit und Freigebung der jonischen Inseln.

Aus Madrid 16. April wird gemeldet: Eine Depesche des General Serrano meldet, daß spanische Schiffe nach Haiti geschickt worden sind, um die Bewegung zu beobachten. Sie werden jedoch ohne das einstimmige Votum der Einwohner von St. Domingo nichts unternehmen. Die Regierung ist entschlossen, Details abzuwarten, ehe sie sich entscheidet. (In Madrid besorgt man, daß die Annerion Domingo's nicht ohne Widerspruch von England, Frankreich und den Vereinigten Staaten bleiben werde. In Domingo selbst gibt es eine große Partei, den General Jose Cabral an der Spitze, welche gegen die Wiedereinverleibung der Republik in Spanien ist und diese Partei findet in der benachbarten Hayti-Republik namhafte Unterstützung.)

Prinz Don Juan (der einzige noch lebende Sohn Don Carlos) ist nach dem „N. V.“ in Begleitung seines Privatsecretärs, Oberst ... und M. Jacques, eines französischen Gentleman, von London nach Spanien abgereist. Da ihnen der Weg durch Frankreich verschlossen war, gingen sie zur See. Vor seiner Abreise empfing der Prinz eine große Anzahl der hervorragendsten constitutionell gesinnten, theils in England, theils in Frankreich lebenden Spanier und wiederholte auf das Ausdrücklichste und Nachdrücklichste, daß er den constitutionellen Principien, zu denen er sich in seinem Schreiben an Victor Emanuel, so wie in seiner Proclamation an die Spanier bekannt, standhaft treu bleibe und daß er sich verpflichte, vollkommene religiöse Duldsamkeit und Pressefreiheit einzuführen. Der Augenblick von Don Juan's Landung in Spanien werde von den Umständen abhängen, obgleich man erwarten kann, daß sie beinahe unverzüglich stattfinden wird.

Kraukau, 22. April.

Gestern Abends ist Sr. Excellenz der neu ernannte Statthalter von Galizien FML. Graf Mensdorff-Pouilly von Wien hier angekommen und hat heute Vormittags mit dem um 10 1/2 Uhr nach Przemysl abgehenden Zug seine Reise nach Lemberg fortgesetzt.

Laut h. Erlasses Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers vom 10. April l. J. Zahl 2325-I. St. M. haben Sr. k. k. apostolische Majestät mit Allerhöchster Entschliessung vom 10. April allergnädigst anzuordnen geruht, daß unter Aufhebung der entgegenstehenden Bestimmungen der Allerhöchsten Entschliessung vom 20. Oktober 1852, sowie der h. Ministerialerlässe vom 20. December 1859, 3. 12466 M. S., dann vom 4. Juli und 9. Dezember 1860 3. 2166 M. S. und 2860 St. M. sämtliche k. k. Behörden und Aemter, sowie die Gemeindeämter und Magistratsräthe in den zu dem ehemaligen Lemberger Verwaltungsgebiete gehörigen Kreisen Galiziens und in der Bukowina verpflichtet seien, ruthenische Eingaben auch mit cyrillischen Schriftzeichen anzunehmen und der gesetzlichen Amtshandlung zu unterziehen, und daß es ferner sämtlichen k. k. Behörden und Aemtern und insbesondere auch den Magistratsräthen und Gemeindeämtern in den oben bezeichneten Kreisen Galiziens und in der Bukowina gestattet sei, bei Aufnahme von ruthenischen Verhandlungsprotokollen oder bei Hinausgabe von ruthenischen Erledigungen an Parteien sich auch der cyrillischen Schriftzeichen zu bedienen.

Landtags-Angelegenheiten.

Im niederösterreichischen Landtag wurden für das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes gewählt: Für die I. Gruppe der Landstädte und Märkte erzielte man bei der ersten Wahl eine absolute Majorität nur für Se. Excellenz den Justizminister

Pratobevera, und zwar von 42 Stimmen. Bei der Nachwahl ging Riehl mit 35 Stimmen aus dem Scrutinium hervor. Für die Handelskammer wurde Winterstein mit eminenter Majorität von 63 Stimmen gewählt. Aus der 2. Gruppe der Landgemeinden wurden gewählt: Mende mit 59 und Stöglitz mit 36 Stimmen. Ferner erhielten Schürer 34, Schneider 2 und Springer 1 Stimme. Abgegeben wurden 66 Stimmzettel. Bei dieser Wahl kam der seltene Fall vor, daß Herr Schürer, obzwar er die absolute Majorität hatte, dennoch durchfiel. Aus der 2. Gruppe der Städte und Märkte wurde gewählt: Dr. Dfner mit 38 Stimmen. Ferner erhielten Dr. Dienst 27, Steiner 1 Stimme. Abgegeben wurden 66 Stimmzettel. Aus der I. Gruppe der Landgemeinden wurden gewählt: Doblhof mit 66, Kaiser mit 64, Dreher mit 46 Stimmen. Doblhof protestirt dagegen, daß er sich selbst die Stimme gegeben; Berger schlägt abermaliges Scrutinium vor, die Versammlung geht nicht darauf ein. Das Scrutinium wird dennoch vorgenommen, und es ergeben sich nur 55 Stimmen für Doblhof. Für Wien: Dr. v. Mühlfeld, Baron Pillersdorf und Kuranda; Schindler und Dr. Berger erhielten je 31 Stimmen. Ueber Aufforderung erklärt der Landesmarschall, daß die Herren Deputirten dem Abgeordneten Staatsminister v. Scherling deshalb ihre Stimmen nicht gegeben, weil er in Prag bereits gewählt sei. Schuselka erhielt 20, Bang 18 Stimmen. Bei der Nachwahl erhält Schindler 35 und Berger 29 Stimmen. (Zischen auf den Galerien.) Von den Großgrundbesitzern: Eder, Abt von Miltz, 62, Graf Breuner 62, Baron Tinti 58, Baron Walterskirchen 54, Graf Brinck v. Reuenfeld 51. Nächst denselben hat die meisten Stimmen Professor Dypolzer 22. (Bravo auf der Galerie.) Als Ersakmänner wurden gewählt: Dr. Rudolph Bresl für die erste, Dr. Schneider für die zweite Gruppe der Landgemeinden; Baron Sommaruga für die erste, Dr. Michel für die zweite Gruppe der Landstädte; Dr. L. Mayer für die Wiener Handelskammer; Dr. Bauer (mit 53 von 64 Stimmen) für Wien und Baron v. Villa-Secca für den Grundbesitz. Der Landtag wird am 22. d. geschlossen.

In der dritten Sitzung des Landtages der Bukowina vom 12. d. M. wurden die Wahlen der Ausschuss-Mitglieder und der Reichsräthe vorgenommen. Als Ausschuss-Mitglieder wurden gewählt: für den Großgrundbesitz Baron Alexander Petrino; Ersakmann Christoph Jakubowicz. — Für die Städte: Advokat Dr. Joseph Fehner; Ersakmann Landesgerichtsrath Jffesekul. — Für die Landgemeinden: E. Popowicz, Professor der gr. n. u. Theologie; Ersakmann A. Kowacz. — Für den gesammten Landtag: Staatsanwalts-Substitut von Symonowicz; Ersakmann Baron Johann Muffazza. Zu Reichsräthen wurden erwählt: für den Großgrundbesitz Baron Nikolaus Petrino und Archimandrit Bendello; — für den Kleingrundbesitz die Landleute Turecki und Kluz und für die Städte Landesgerichtsrath Jffesekul. Nachdem das Wahlergebnis verlesen war, erhob sich der Abg. Baron Nikolaus Petrino und erbat sich für einige Worte die Aufmerksamkeit der Versammlung. Er erklärte nicht in der Lage zu sein, die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen zu können, pries jedoch die Deffentlichkeit, die es ihm bei dieser Gelegenheit gestatte, den vielfachen Angriffen entgegenzutreten, denen er seit dem Beginne seines Wirkens im vorjährigen Reichsrathe ausgekehrt war, und die es ihm besonders zum Vorwurf machten, daß er die provincielle Selbstständigkeit der Bukowina nicht wolle. Er setzte hierauf auseinander, daß er gerade für diese Selbstständigkeit im Reichsrathe gekämpft habe, und berief sich zu diesem Zwecke u. a. auch auf das Majoritätsvotum, erklärte jedoch auch bedauern zu müssen, daß die Verfassung vom 26. Februar nicht auf der Grundlage des Diploms vom 20. Oktober stehe. — Er hob hierauf die Loyalität der Bukowina hervor und wies auf die Vorzüge hin, welche dieses Land im Vergleich zur benachbarten Moldau besitze. Wieder zur Selbstständigkeit des Herzogthums übergehend, meinte er, daß ein Kreisamt, welches unabhängig handeln und unmittelbar mit dem Ministerium korrespondiren könnte, ganz zweckmäßig für die Bukowina wäre. Schließlich entschuldigte er sich bei den Deputirten, daß er nicht schon bei der Vorwahl seine Ablehnung ausgesprochen habe, und begründete dies mit der Erklärung, er habe dem Kaiser beweisen wollen, daß er (Petrino) das Vertrauen des Landes besitze. Die später eingetretene Neuwahl eines Reichsrathes fiel auf Baron Alexander Petrino, einen Bruder des Ab-

